

Hartwig Berger
(Sprecher BAG Energie B 90/Die Grünen)
Berlin, April 2005:
Vorlage zur Diskussion

Weltklimaschutz im Hase-Igel Rennen - Bilanz und Einschätzung

Stagnation des Klimaschutzes?

Die Bilanz der CO₂-Emissionen (COE) in Deutschland entwickelt sich seit einigen Jahren nicht günstig. Im Jahrzehnt 1990-1999 können wir mit *minus 15,3%*¹ einen deutlichen Rückgang konstatieren. Er ist überwiegend bedingt durch wirtschaftliche Brüche und Umbrüche während der Wiedervereinigung und hat Deutschland weltweit den Ruf eingebracht, im Klimaschutz "die Nase vorn zu haben".

Seit dem Jahr 2000 allerdings stagniert die COE-Bilanz:

- 2000: 860 Mio t CO₂
- 2001: 874 Mio t CO₂
- 2002: 864 Mio t

Die Daten für 2003 liegen mir gegenwärtig nicht vor. Aber auch die Entwicklung im Jahr 2004 bestätigt die Stagnation:

*„Die energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen in Deutschland sind im Jahre 2004 gegenüber dem Vorjahr um fast 1% gesunken. Berücksichtigt man allerdings den Temperatureinfluss sowie den für 2004 beträchtlichen, aber statistisch nicht erfassten Lagerbestandsabbau bei leichtem Heizöl, so blieben die Emissionen praktisch unverändert.“*²

Verglichen zum relativen Tiefstand von 859 Mio 1999. konstatieren wir sogar eine leichte Zunahme. Die Entwicklung ist um so beunruhigender, als das BSP seit 2001 deutlich geringer wächst als in den 90er Jahren (*Zahlen werden eingefügt*). Auch haben der Ausbau insbesondere der Windenergie und die Einführung der Ökosteuer, hier vor allem im Autoverkehr, die CO₂-Bilanz deutlich günstig beeinflusst³ Man kann schlussfolgern, dass ohne diese - Grüner Regierungsaktivität zurechenbaren - Maßnahmen die deutsche CO₂-Bilanz nach 1999 signifikant angestiegen wäre.

Doch wird ebenso deutlich: Eine durchgreifende Energiewende, die eine kontinuierliche CO₂-Minderung bewirkt, hat in Deutschland bisher nicht stattgefunden. Es erweist sich jetzt, dass die Klimaschutz-Erfolge der 90er Jahre überwiegend "wall-fall profits" waren, Resultat des großflächigen Ruins der DDR-Industrie, den damals starken Rückgang der Braunkohlenutzung in den neuen Bundesländern und die dortige Modernisierung der Heizsysteme und Gebäude mit ihrer zuvor schlechten Energieeffizienz. Der Emissionsrückgang konzentrierte sich auf die Jahre 1990-1995; in dieser Zeit sank die CO₂-Erzeugung in den neuen Bundesländern um 44%, während sie in den alten Ländern um 2%

¹ Die Taten zur Emissionsentwicklung stammen überwiegend aus dem nationalen Klimaschutzprogramm 2000 oder dem nationalen Inventurreport, beides hrsg. vom BMU.

² DIW-Wochenbericht 9/2005.

³ Die Energie-Einsparverordnung von 2001 dürfte sich in der CO₂-Bilanz bis 2003 noch nicht auswirken.

anstieg.⁴ Staat und Gesellschaft der DDR waren bis 1989 Weltspitze im überhöhten Energieverbrauch und CO₂-„Konsum“ pro Kopf. Mit 7,9 t Steinkohleeinheiten(SKE) pro Kopf lag sie 1986 nur hinter den USA (9,5 t SKE) und Kanada (9,7 t SKE), aber klar vor der westlichen BRD (5,7 t SKE), das wiederum in Europa (4,4 t SKE) ein überdurchschnittlicher CO₂-Emittent war (und ist).⁵ Mit der Vereinigung wurde das etwa auf das Niveau der westlichen Bundesrepublik zurecht gestutzt.

Aber sowohl das westliche wie das vereinigte Deutschland stehen, wie eben illustriert, global wie europaweit im Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß pro Kopf sehr weit oben.⁶ Damit wird die Stagnation der COE seit 2000 zu einem noch dringenderen Problem von Gesellschaft und Politik. Die legitime CO₂-Reduktionsanspruch an Deutschland wird, unabhängig von geltenden zwischenstaatlichen Vereinbarungen, eher höher zu veranschlagen sein als der EU-Durchschnitt. Es ist etwas kurzschlüssig, die Bundesrepublik angesichts ihres hohen CO₂-Sockels als europäischen Musterknaben des Klimaschutzes hinzustellen und zugleich die zweifellos beunruhigenden CO₂-Zuwächse etwa in Spanien, Portugal und Griechenland anzuprangern. Wir sollten auch in Rechnung stellen, dass das relative wie das absolute CO₂-Budget in dieses Land selbst nach den jüngsten Zuwächsen weit unterhalb des deutschen Niveaus liegen (*Zahlen werden eingefügt*). Klimapolitisch verantwortungsvoll würde daraus nicht folgen, dass in zukünftigen EU-internen Absprachen die Anforderungen an die genannten Länder abgeschwächt werden. Vielmehr dürfte die Latte für Deutschland höher gelegt werden müssen.

Wie muss die Stagnation des Klimaschutzes in Deutschland erklärt werden? Erste Hinweise finden wir, wenn wir uns die sektorale Entwicklung anschauen.

So verzeichnet die **Energiewirtschaft** von 1999 bis 2003 einen CO₂-Zuwachs von 22 Mio. t, da sind unter dem Strich (*wird eingefügt*) % mehr. Hintergrund ist erst in zweiter Linie ein weiter ansteigender Stromverbrauch, sondern ganz überwiegend der verstärkte Fortbetrieb alter Braunkohle-Kraftwerke mit schlechter Energieeffizienz und auch deshalb sehr ungünstiger CO₂-Bilanz. Obwohl neue Kraftwerke in Lippendorf und Boxberg errichtet und in Betrieb genommen wurden, blieben alte Kohleschleudern wie Jänschwalde am Netz: Da ihre Investitionskosten in Rauchgasreinigungen inzwischen abgeschrieben sind, ist ihr Weiterbetrieb rein betriebswirtschaftlich lukrativ. Etwas salopp formuliert: Mit der Abbaggerung des Brandenburger Dorfes Horno für den Kohlebedarf von Jänschwalde, wurde auch der Klimaschutz in ganz Deutschland untergraben.

Da ökonomische Faktoren die stärkere Nutzung der Braunkohle bedingen, lässt sich der Trend einer dadurch ansteigenden CO₂-Bilanz nur ökonomisch brechen: indem die Nutzung des Brennstoffs Braunkohle deutlich und kontinuierlich verteuert wird. Auch daher ist es wichtig, in einer Fortsetzung der ökologischen Steuerreform endlich eine Besteuerung der Kohle durchzusetzen. Vor allem aber müssen wir uns dafür engagieren, dass die Instrumente des Emissionshandels ab 2008 die schlechte Klimabilanz der Kohle angemessen in Rechnung stellen. Im Allokationsplan 2005-2007 konnte die Kohlelobby über den Wirtschaftsminister und den Bundeskanzler noch unvertretbar günstige Bedingungen für die Kohleverstromung durchsetzen⁷

⁴ DIW-Wochenbericht 9/2005.

⁵ Zwischenbericht der Enko des 11. Dt. Bundestags „Schutz der Erdatmosphäre“, 1988, S.470.

⁶ Die zitierte SKE-Bilanz von 1986 verzeichnet für Frankreich 3,9t, für Italien 3,2 t, für China damals noch 0,7 t, Indien 0,3 t und im Weltdurchschnitt 1,9 t.

⁷ Neu errichtete Kraftwerke erhalten nach dem NEP 2005-2007 ein Emissionsrecht von 750g CO₂ pro kWh zugestanden - das entspricht in der Steinkohleverstromung dem jetzigen Stand der Technik. Die so addierten CO₂-Emissionsrechte gelten für 14 Jahre! Hinzukommt, dass Neuanlagen ihre CO₂-Zertifikate über stillgelegte

Allerdings verschlechtern sich gegenwärtig die Konkurrenzbedingungen der in der Klimabilanz mehr als doppelt günstigen Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke (GuD). In den auch wirtschaftlich günstigen Prognosen für GuD wurde eine Konstanz der Erdgaspreise unterstellt. Dabei wurde übersehen, dass die Lieferkapazitäten aus Russland nach Europa begrenzt sind und dass der russische Staat wie die Erdgas-Lieferanten die für sie günstige Marktsituation zu starken Preiserhöhungen nutzen. Außerdem sind die Weltmarktpreise für Erdgas an die Rohölpreise gebunden, die sich im Laufe eines Jahres auf 57 \$ pro Barrel (Stand New Yorker Börse Mitte März 2005) fast verdoppelt haben.

Wir können folgern: Im ökonomischen Selbstlauf der kommenden Jahre können wir nicht davon ausgehen, dass die Erdgas-Verstromung gegenüber der Kohleverstromung die Nase vorn haben wird. Es wird nötig sein, Steuerungsinstrumente zur Begrenzung der Kohleverstromung einzuführen. Allerdings ist auch die Ausweitung der Erdgas-Linie in der (dann immerhin zugleich die Wärme nutzenden) Verstromung keine belastbare Zukunftsperspektive. Wenn die gut begründeten Prognosen etwa der Ludwig Bolkow Stiftung zutreffen, wird sich auch Verfügbarkeit von Erdgas, bei zugleich ansteigender weltweiter Nachfrage, verknappen. Bereits heute sind die politischen Kosten der Erdgas-Abhängigkeit von Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern hoch: Denken wir nur an die entgegenkommende Politik gegenüber dem russischen Staat im Tschetschenien-Krieg, die völker- und menschenrechtlichen Ansprüchen ins Gesicht schlägt. Letztes Beispiel dafür war der demonstrative Schulterchluss von Chirac, Schröder und Zapatero mit Putin bei ihrem Dreiertreffen in Paris Mitte März 2005, wenige Tage nach der Ermordung von Maschadov, dem einzigen potentiellen Verhandlungspartner in Tschetschenien.

Der **Dienstleistungssektor** verbuchte in den 90er Jahren deutliche CO₂-Verringerungen, die jedoch im neuen Jahrzehnt abgeebbt sind. Dieser Knick im Trend erklärt sich durch

- Komfortsteigerungen im Geschäfts- und Bürobereich, z.B. infolge verstärkter Nutzung von Klimaanlageanlagen,
- eine Steigerung des Stromverbrauchs, insbesondere durch den Ausbau der Informations- und Kommunikationstechniken,
- generell nachlassende Bemühungen um Energieeffizienz und um energetische Sanierungen, die in den betriebswirtschaftlichen Kalkülen der Unternehmen - um schnellere Amortisationszeiten von Investitionen bemüht - eine bestenfalls untergeordnete Rolle spielen.

Der Bereich der **Privathaushalte** verzeichnet in den letzten Jahren geringfügige CO₂-Verringerungen. Wenn wir uns vor Augen halten, dass es in diesem Sektor von 1990-1998 einen Emissionszuwachs von 6% gab, ist hier immerhin ein positiver Trend seit dem Regierungsantritt von rot/grün erkennbar. Allerdings zeigt die CO₂-Stagnation, dass die bisherigen Maßnahmen und Kampagnen für einen sparsamen Umgang mit Energie in Haushalten noch zu wenig Wirkung haben. Vor allem aber werden die Bemühungen um Energieeinsparung in Haushalten durch die wachsende Inanspruchnahme von Wohnfläche pro Person wieder "aufgefressen". Es besteht die Gefahr, dass Strategien des Energiesparens und der Energieeffizienz in ein Hase-Igel Rennen mit Wandlungen des Lebensstils (Zunahme der Single-Haushalte, wachsende Wohnflächenansprüche generell in Mittel- und Oberschicht) geraten und dabei die relativen Verlierer sind. Wir werden uns, wenn Klimaschutzpolitik in

Altanlagen erwerben können, wobei die vollständige Übernahme der bisherigen Zertifikate zugestanden ist. Damit können ohne zusätzlichen Zertifikate-Erwerb alte Braunkohlekraftwerke durch neue Anlagen ersetzt und "modernisiert" werden.

Der Allokationsplan des BMU sah für neue Kraftwerke nur etwa halb so große Emissionsrechte vor, nämlich 365 g pro kWh. Das hätte dem Stand eines modernen GuD-Kraftwerks entsprochen.

Privathaushalten durchschlagenden Erfolg haben soll, eine politische Konzeption im Umgang mit einem sich wandelnden Wohnverhalten überlegen müssen. Natürlich ist es viel zu einfach und kurzschlüssig, hier auf voluntaristische Appelle zum Maßhalten und Zusammenrücken zu setzen; aber es reicht auch nicht, sich auf Strategien der (Steigerung der) Energieeffizienz zu beschränken und Fragen des Lebensstils und des sozialen Wandels einfach auszublenden⁸.

Im **Verkehrssektor** entwickeln sich die CO₂-Emissionen in drei unterschiedlichen Phasen. Von 1990-1998 steigen sie um 11% an. Ihr Zuwachs erklärt sich aus einer verstärkten Motorisierung insbesondere in den neuen Bundesländern und aus zunehmenden Ansprüchen an Mobilität (länger und weiter fahren) insgesamt.

Von 1999-2003 registrieren wir auf den ersten Blick einen erfreulichen Rückgang von 7-8%. Diese Entwicklung bedarf allerdings der Interpretation. Aufgrund deutlich gestiegener Spritpreise sind manche Autofahrer auf verbrauchsärmere Fahrzeuge umgestiegen – das ist in der Klimawirkung zweifellos günstig. Aufgrund der Preisdifferenz hat aber auch das Tanken in Nachbarländern mit niedrigeren Spritpreisen stark zugenommen. Der entsprechende Betrag an CO₂-Emissionen wird dem Land, aus dem Sprit „importiert“ zugeschlagen – klimapolitisch also keineswegs ein Erfolg. Diesen Faktor in Rechnung stellend, kommt das DIW in einer kürzlich veröffentlichten Studie zum Ergebnis, dass der Spritverbrauch in Deutschland von 1998-2004, also während der rot/grünen Regierungszeit, annähernd konstant geblieben sei.⁹

Immerhin ist die Progression der verkehrbedingten Emissionen 1990-1998 einer Stagnation 1998-2004 gewichen. Es wäre allerdings vorschnell, diese Entwicklung ausschließlich der Einführung der Ökosteuer zuzurechnen. Die Entwicklung der Weltmarktpreise für Erdöl und der Produktionspreise für Sprit haben eine Steigerung von 20 € bewirkt, die Ökosteuer schlug sich mit 18 € nieder. Hinzukommt, dass sehr viele Autokäufer zu Dieselfahrzeugen mit günstigeren Spritpreisen und zugleich geringeren Verbrauchsraten wechselten. Zwischen 1994 und 2003 hat sich der Bestand an Dieselfahrzeugen in Deutschland um 3 Millionen erhöht.¹⁰ Rein klimapolitisch ist das positiv, angesichts der Verzögerung der Dieselrußfilter in Deutschland gesundheitspolitisch (Stichwort: Feinstaub) allerdings von klarem Nachteil. Weniger CO₂ in den Himmel, dafür mehr Krebserreger in die Lungen - so könnte man sarkastisch formulieren.

Noch pessimistischer sind die Emissionsprognosen zum Verkehr, die vier Forschungsinstitute unabhängig voneinander entwickelt haben. Das nationale Klimaschutzprogramm 2000 vermerkt ihre Ergebnisse, die wir zusammenfassend wiedergeben:¹¹

Bis 2010 erwarten drei der vier Institute im Verkehrssektor eine CO₂-Zunahme zwischen 15% und 28%, gerechnet auf 1990. Nur die vom Esso-Konzern beauftragte Studie rechnet langfristig mit einer Stagnation, bzw. einer Verringerung von 11% 1998 (verglichen zu 1990) auf 103% 2010. Zu beachten ist, dass in die Annahmen der drei pessimistischen

⁸ Wie kurzschlüssig das sein kann, zeigen Wirkungen der Hartz IV-Maßnahmen, wie sie aus Leipzig und anderen ostdeutschen Städten berichtet werden: Viele von Arbeitslosigkeit betroffene Familien ziehen aus energetisch gut sanierten Häusern mit höheren Mieten in Billigwohnungen mit allerdings schlechter Energiebilanz zurück. Sie können die finanziellen Einschränkungen, die ihnen zugemutet werden, mit einer Reduktion des Mietpreises und vielleicht durch Einsparungen in der Kaltmiete auffangen. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es zulassen, wird sich also ihre CO₂-Bilanz kräftig steigern; wenn nicht, wird man sich bei gleichbleibenden CO₂-Emissionen durchfrieren müssen. Das ist weder sinnvolle Sozial- noch Energiepolitik.

⁹ DIW-Wochenberichte 41/2004.

¹⁰ DIW 41/2004.

¹¹ Klimaschutzprogramm 2000, S. 24ff.

Szenarien eine kontinuierliche Fortsetzung der Ökosteuer um 3 € jährlich pro Liter Benzin eingeht. Die Esso-Studie hingegen unterstellt den Abbruch der Ökosteuer; ihre gleichwohl abweichend optimistischen Annahmen zur Entwicklung des CO₂-Emissionen dürften, wie ja auch die Ausklammerung einer (weiterhin) möglichen Ökosteuer, aus der Interessenlage ihres Auftraggebers erklärbar sein.

Im Wesentlichen sind es drei Faktoren, aus denen die Szenarien-Forschung eine weitere Zunahme der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen in Deutschland annimmt:

- die Fortschreibung der enormen Expansion des Luftverkehrs in den letzten Jahren,
- der europaweit stark wachsende Güterverkehr, insbesondere auf den Straßen, der durch die EU-weit demnächst als Verfassungsauftrag festgeschriebene Liberalisierung und Entregionalisierung der Märkte¹² wesentliche Impulse enthält,
- die weitere Zunahme der individuellen Mobilität, des PKW-Verkehrs.

Mit noch dramatischeren Folgen als beim Energieverbrauch der Privathaushalte müssen wir hier in den kommenden Jahren ein Hase-Igel Rennen befürchten - wobei der Klimaschutz der arme hinterher hechelnde Hase sein dürfte: Effizienzerfolge in der Gestaltung der Mobilität werden durch die kontinuierlich wachsende individuelle Mobilität nicht nur aufgefressen sondern übertroffen. So wächst der Pkw-Bestand in Deutschland im Jahr kontinuierlich um rund 600.000 Fahrzeuge an, auch die Summe der Fahrkilometer steigt weiterhin. Gegenwärtig droht auch die freiwillige Verpflichtung der deutschen Autoindustrie zu scheitern, die den relativen Treibstoffverbrauch von Neufahrzeugen bis 2008 auf 6 l/100km zu senken ankündigte. Gegenwärtig dümpelt sie bei durchschnittlich 8,1 l/100 km.¹³ Im Übrigen steigt die gesamte Umweltbelastung durch den weiter steigende Zahl an Kraftfahrzeugen. Nicht nur an den zunehmenden Bedarf an – energieaufwendig gewonnenen – Metallen und Edelmetallen ist zu denken, auch an direkt klimarelevante Faktoren: Lachgas-Erzeugung aufgrund der Katalysatoren, Verluste von HFKW, ein Gas mit hoher Treibhauswirkung, aus den expandierenden Klimalanlagen.¹⁴ Wenn die Szenarien stimmen, wird dem Klimaschutz in den kommenden Jahren regelmäßig das “ick bün all hier” der weiter steigenden Mobilität entgegenschallen.

Auch im Sektor „Mobilität“ wird wirkungsvoller Klimaschutz sich daher nicht auf eine Politik der Effizienzsteigerungen beschränken können. Wollen wir nicht scheitern, müssen wir Fragen der Lebensweise der Gesellschaft und der Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen (wie “Entregionalisierung”, ständige Erhöhung der Kapitalumschläge) thematisieren. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass dabei die apokalyptische Warnung vor den Gefahren des Klimawandel oder Appelle an Ökomoral wirkungslos sind und einen verschwenderischen Lebensstil nicht gegenwirken. Wir müssen uns schon die intellektuelle und politische Mühe machen, an Einstellungen und Verhaltensweisen der Gegenwart die Tendenzen und Neigungen herauszufinden, deren Ausgestaltung eine lebenswerte Zukunft mit geringeren Mobilitätsansprüchen erreichbar macht¹⁵

¹² Sofern die Verfassung in Geltung tritt. Die neoliberale Ausrichtung der Vorlage von EU-Konvent und Europäischen Rat ist die Hauptkritik der französischen Linken, die im Referendum am 29. Mai voraussichtlich mehrheitlich mit „nein“ stimmen wird.

¹³ taz, 09.04.2005.

¹⁴ Karl Otto Henseling, Nachhaltigkeit und Auto-Mobilität. Unveröff. Ms., Berlin 2005.

¹⁵ Die Substitution von Erdöl durch Biosprit ist zwar unumgänglich und sollte beschleunigt werden. Aber sie kann das gegenwärtige Ausmaß der Mobilität nicht abdecken, erst recht nicht die prognostizierten weltweiten Wachstumsraten.

Fassen wir zusammen: Die deutsche Klimaschutzpolitik hat ihr 1990 überparteilich erklärtes Ziel, bis 2005 eine Verringerung der CO₂-Emissionen um ein Viertel zu erreichen, deutlich verfehlt. Statt „minus 25%“ werden zum Jahresende 2005 nur „minus 15-16%“ erreicht sein. Weil nach dem vereinigungsbedingtem Rückgang 1990-1999 die CO₂-Emissionen stagnieren, müssen wir auch konstatieren, dass im Klimaschutz die erstrebte Energiewende bisher nicht eingetreten, zumindest nicht sichtbar eingetreten ist.

Helfen bessere Energieprogramme?

Welche Konsequenzen ziehen wir aus der Diagnose? Was kann politisch und gesellschaftlich¹⁶ unternommen werden, um in der nächsten Zukunft eine durchgreifende Energiewende einzuleiten, die kontinuierlich sinkende CO₂-Emissionen zur Folge hat?

An diesem Punkt finden wir in nahezu allen ökopolitischen Schriften eine strukturell gleiche Argumentationsfigur. Es werden gezielt Maßnahmen der Finanzpolitik, des Ordnungsrechts, der privatwirtschaftlichen Anreize, oder auch Bildungs- und Aufklärungskampagnen vorgeschlagen, wahlweise auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer oder globaler Ebene. Dieses Vorgehen ist zweifellos richtig und sinnvoll, die Vorschläge sind zumeist durchdacht und zutreffend - und dennoch bleibt die Sachargumentation eigentümlich hilflos. Da es seit Jahren eine breite klima- und energiepolitische Debatte mit zahllosen AkteurInnen gibt, ist kaum einer der Vorschläge neu. Das zumeist nicht gelöste Problem liegt jedoch darin, dass auch die durchdachten Vorschläge für einen verbesserten Klimaschutz seit Jahren nicht - oder in nur stark abgeschwächter Form realisiert werden.

Trotz überzeugender Argumente dafür wird in Deutschland Kohleverstromung nicht besteuert. Und obwohl die Erfolge der ersten Ansätze einer Ökosteuer für den Klimaschutz, eine bessere Ausfinanzierung der Renten und auf dem Arbeitsmarkt deutlich und offenkundig ist, wurde dieser Reformansatz trotz Grüner Regierungsbeteiligung wieder eingefroren. Trotz überzeugender Konzepte, die im Übrigen auf die Erfahrungen in Dänemark und dem United Kingdom verweisen können, wurde bisher kein Energieeffizienzfonds eingerichtet. Die Subventionierung der Steinkohle mit jährlichen Milliardensummen wurde nur unwesentlich gekürzt. Die Klimaschutzwirkung der kogenerierten Strom-Wärme Erzeugung ist unstrittig, sie stagniert dennoch; eine halbwegs erreichte gesetzliche Regelung erweist sich als weitgehend wirkungslos, die Selbstverpflichtung der Industrie, die einen Ausbau zusichert, wird nicht befolgt und sie wurde in der Aushandlung der Vorgaben des Emissionshandels Anfang 2004 ausdrücklich dementiert. Es ist unstrittig, dass die gesetzliche Verpflichtung zur Einführung verbrauchsarmer Fahrzeuge klimapolitisch Wirkung hätte - dennoch ist sie nicht in Geltung, auch wird sie nicht durch wirkungsvolle Selbstverpflichtungen der Fahrzeug-Industrie erreicht. In den Vorgaben des nationalen Plans für den Emissionshandel wurden durchschlagende klimapolitische Ziele weitgehend verfehlt. Die Besteuerung des Flugbenzins ist zur Bremsung der hohen Zuwachsraten im Luftverkehr dringend - dennoch wird sie bisher auf europäischer wie auf internationaler Ebene blockiert¹⁷.

¹⁶ Lösen wir uns von der Illusion, dass Politik allein die Entwicklung einer Gesellschaft beeinflussen und steuern kann. Sie kann nur dann erfolgreich umsteuern, wenn sie von starken gleichgerichteten Strömungen des gesellschaftlichen Wandels unterstützt wird. Die Erfolge insbesondere der weltweiten Studentenbewegungen der 60er Jahre, aber auch der feministischen, der Grünen und generell der alternativen Strömungen der 70er und 80er Jahren in der Umgestaltung der Gesellschaft sind dafür eindrucksvolle Beispiele.

¹⁷ Für eine weltweite Kerosinbesteuerung engagiert sich sehr deutlich der (politisch rechtsstehende) Chirac, während von der deutschen Bundesregierung recht wenig zu hören ist.

Die Liste der Unterlassungen eines wirkungsvollen Klimaschutzes ist *in Schrägdruck* gesetzt, um zu verdeutlichen: Problem ist hier einmal nicht, was wir aus fachlicher und Grüner Sicht für wichtig und richtig halten, sondern die Frage, warum diese Ideen im bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräftefeld nicht durchsetzbar waren und sind. Wenn wir wirkungsvollen Klimaschutz einleiten wollen, müssen wir vor allem überlegen, wie dieses Kräftefeld so verändert werden kann, dass die vielen guten Konzepte einer Energiewende auch realisierbar erscheinen.

Nur zum Teil hängt diese Frage mit der Erringung politischer Mehrheiten und mit Wahlerfolgen zusammen. Lösen wir uns von der Illusion, dass (zumal nationale) Politik allein in der komplexen und globalisierten Wirklichkeit von heute wirkungsvolle Veränderungen durchsetzen kann. Andererseits hilft eine Reflexion auf den Zusammenhang von Klimaschutz, Wahlerfolg und politischer Mehrheitsbildung etwas weiter, um sich Problem und mögliche Lösungsansätze besser zu vergegenwärtigen:

Klimaschutz kontextuell betreiben

Für eine Energiewende braucht (nicht nur) unser Land eine (ergebnis-)offene Debatte über die Schattenseiten eines Lebensstils in Wirtschaftshandeln und Alltag, der unter anderem die Bereitschaft zu wirkungsvollem Klimaschutz lähmt bzw. durch steigende materielle Ansprüche bzw. endlos ansteigende Kapitalbildung unterläuft. Im Parteienspektrum hat vor allem "Grün" die Aufgabe, Lebensstildebatten anzuregen, aufzugreifen und für sie auch inhaltliche Impulse zu geben. Parteien sind nicht nur Organisationen zu politischem Machtgewinn und zu politischer Gestaltung, sie haben grundgesetzlich einen Bildungsauftrag, dessen Erfüllung sich nicht in der Gründung parteinaher Stiftungen beschränken kann. Fehler, die von "Grün" in der Vergangenheit im Umgang mit postmaterialistischer Ethik und in Lebensstil-Debatten gemacht wurden, können nicht Anlass dafür sein, solchen Debatten in Zukunft ganz auszuweichen. Natürlich dürfen uns nicht zu Scheinheiligen einer Öko-Moral oder zu Öko-Zensoren aufschwingen, die verurteilen, zensieren, fordern. Die Einladung zum Nachdenken über suffiziente Lebensstile muss auch nicht mit dem unerotischen Flair der Aufforderung zu Verzicht und Askese betrieben werden; mit weniger Forderung und mit mehr Sensibilität kann sie Anregungen und Denkanstöße über die Möglichkeiten von soziokulturellem Wandel geben und seine deutlich positiven Seiten beleuchten. Wenn die gegenwärtige Zeit voller Jammern und Klagen über Ruhelosigkeit, Zeitstress, Zukunftsangst, ansteigende Depressionen und den Verlust an sozialen Bindungen ist, fällt es mit wenig soziologischer Phantasie nicht so schwer, Attraktivität und Sonnenseiten in Lebensstilen der Suffizienz herauszustellen.

Unabhängig und zusätzlich zur Lebensstil-Debatte geht es natürlich um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine Strukturwende hin zu kontinuierlicher CO₂-Senkung politisch zumindest ermöglichen. Machen wir uns hier nichts vor: Klimaschutz in Koalition mit einer zwischen Neoliberalismus und strukturkonservativem Lobbyismus für Großkonzerne hin und her getriebenen SPD ist eine Sysiphos-Aufgabe. Doch mit dem Machtwechsel zu Schwarz/Gelb würde der Stein vermutlich gänzlich zu Tale rollen. Allerdings: Eine politische Mehrheit Rot/Grün im Herbst 2006 ist nicht nur wegen der schlechten Umfragewerte gegenwärtig nicht abzusehen. Fast immer werden Regierungen werden - ob zu Recht, ob zu Unrecht - bei Rekord-Arbeitslosigkeit, beunruhigend angewachsene Staatsverschuldung und ziemlich schlechten Wirtschaftsdaten abgewählt. Wobei die Deutschland-typische Verhinderung überzeugender Reformschritte durch die schwarze Bundesrats-Mehrheit in breiten Bevölkerungskreisen auch noch als Versagen der Bundesregierung verbucht wird.

Können wir dennoch mit Klimaschutz und Energiewende ein Grünes Gegengewicht in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit des Wahljahres 2006 herstellen? Dazu schlage ich eine intensive Debatte in der BAG Energie und mit anderen Grünen Gremien vor. Bedrohliche Veränderungen des Weltklimas, der eine wirkungsvolle Grüne Politik vorbeugen soll, beschäftigt viele Menschen durchaus. Mit "KraftWärmeKopplung", "Energie-Effizienzfonds" oder der Ökobilanz von Bio-Treibstoffen allerdings ist in Wahlen und Wahlkampf kein Staat zu machen¹⁸ Auf die Gefahr extremer Wetterereignisse und ihre Folgen auf Landwirtschaft, Wasserhaushalt und Gesundheit¹⁹ hingegen reagieren die europäischen Gesellschaften mit wachsender Sensibilität. In den Blickpunkt rückt das allerdings erst, wenn extreme Wetterereignisse tatsächlich eintreten. Wir wissen, dass die Wahlen 2002 durch die Überschwemmung der Elbe mitentschieden wurden. Aber darauf dürfen und sollten wir nicht bauen. Ohne reale Umweltkatastrophe (die niemand herbeiwünscht) bleibt Klimaschutz nur ein virtuelles Schattenthema in der politischen Öffentlichkeit. Trotz wachsender Sensibilität dafür sind damit keine Wahlen zu gewinnen, schlimmstenfalls - wie 1990 - zu verlieren.

Klimaschutz und Energiewende als Grüne Themen können dann wahlpolitisch Gewicht erhalten, wenn wir sie kontextuell in die Diskussion bringen. Wenn wir unsere energiepolitischen Vorschläge binden und einbetten in Themen, die in der Gesellschaft eine stärkere Resonanz finden und folglich wahlentscheidend sein können:

- (Wie) können Klimaschutz und Energiewende signifikante Beschäftigungsperspektiven eröffnen und wirkungsvolle Massenarbeitslosigkeit verringern (ein Stichwort: Stadt- und Gebäudesanierung)?
- (Wie) können Klimaschutz und Energiewende in den finanziellen Engpässen von Bundeshaushalt und Rentenversicherung Luft schaffen (Ein Stichwort: Ökosteuer) ?
- Können wir - und welche - wirtschaftlichen Impulse mit Klimaschutz und Energiewende erwarten (Erneuerbare, Energieeffizienz als neuer Markt)?

Ich schlage vor, unsere Überlegungen zu Wahlkampf und Wahlprogramm 2006 auf diese Fragen zu konzentrieren. Hier werden neue und originelle Ideen gebraucht, während wir mit den - inhaltlich weitgehend feststehenden - programmatischen Vorschlägen zur Energiepolitik keine wahlentscheidenden Blumentöpfe gewinnen können. Zusätzlich schlage ich als vierten Punkt vor die

- Erneuerung einer postmaterialistischen Lebensstil-Debatte, ohne damit allerdings in die einst so beliebte und heute angeprangerte Positur der Moralisten und Verzichts-Prediger zu verfallen. Verstehen wir die Suffizienz-Debatte als praktische Zeitkritik, in der Menschen über den Gartenzaun eingeübter Gewohnheiten hinausschauen und, vielleicht, lernen, dass sich auch anders gut, wahrscheinlich sogar besser leben lässt.

¹⁸ Das gilt ausdrücklich nicht für das Thema "erneuerbare Energien", das aus hier nicht ausgeführten Gründen für sehr viele Menschen erfreulich reizvoll, attraktiv, ja "erotisch" ist. Dass ihre Förderung und Weiterentwicklung ein zentrales Grünes Thema ist, das "ankommt" und daher ein Schwerpunkt Grüner Öffentlichkeitsarbeit bleiben sollte, wird hier vorausgesetzt und daher nicht ausgeführt.

¹⁹ In unserem Nachbarland Frankreich gab es im Sommer 2003 eine heftige Debatte wegen der außergewöhnlichen Hitzewelle, die aufgrund von Nachforschungen rund 15.000 Menschen das Leben gekostet hat. Mit dieser Debatte setzte die bis heute anhaltende Unpopularität der UMP/UDF-Regierung unter Raffarin ein.